

Sächsische Volkszeitung

Bezugspreis: Wochentlich in der Geschäftsstelle oder von der Post abholbar Einzelpreis A mit Umlauf. Beilage 10.00 M.
Ausgabe 10.00 M. In Dresden und ganz Deutschland Postausgabe A 10.00 M. Ausgabe B 9.00 M. —
Die Sächsische Volkszeitung erscheint an allen Wochenenden nachm. — Sprechstunde der Redaktion: 11 bis 12 Uhr bzw.

Bezüglich: Einnahme vom Geschäftsausgelegen 10.10 Uhr, vom Sammelausgelegen 11.10 Uhr bzw. — Preis für die
Sach-Blätter 1.00 M. im Sammelstet 8.50 M. Sammelausgelegen 1.00 M. — Ihr umsonst geschicktes, sowie durch
Sammelstet aufgegebene Anzeigen können wir die Bekanntmachung für die Richtigkeit des Zugangs nicht übernehmen

Das rettende Zentrum

Die Dinge in Spaas lassen sich etwas günstiger an, als wie es ursprünglich angenommen werden konnte. Wir warnen jedoch davor, sich irgend welchen übertriebenen Hoffnungen hinzugeben. Es besteht immer noch die Gefahr, dass diese Hoffnungen durchaus enttäuscht werden können. Unter den Staatsmännern, die nach Spaas gereist sind, befinden sich drei Zentrumsteile und wir sehen mit Genugtuung, dass das würdige Auftreten unter der Führung Schenckes nicht ohne Einbruch bleibt. Mit Recht sagt Alois Fürst zu Löwenstein in einem Artikel der Mainzer Wochenschrift "Allgemeine Rundschau" (Nr. 27 vom 3. Juli 1920), wenn die deutsche Regierung in Spaas irgend etwas erreichen sollte, wenn das deutsche Volk nicht noch tiefer ins Elend gedrückt werden sollte, dann müsse die Regierung einen so festen und breiten Rückhalt im Volke haben, als er nur irgend zu erreichen sei. Möglicherweise sagt der Fürst: „Und nichtwendig die Partei, die aus Parteiliebhaber der Regierung diesen Rückhalt verschafft, um nicht die Verantwortung tragen zu müssen für das was in Spaas erreicht wird oder nicht erreicht wird.“ Er erklärt weiter in diesem vor den letzten Reichstagverhandlungen geschriebenen Artikel, man dürfe von der Deutschnationalen Partei „die vaterländische Gestaltung erwarten, dass sie alle Parteidifferenzen zurückstelle, um der neuen Regierung den Einfahrt aller Kraft zum Wiederaufbau Deutschlands nicht unmöglich zu machen“.

Diese Erwartung ist leider auch blossmal nicht Tatsache geworden. Die Deutschnationalen haben beim Deutschenkongress am Tage vor dem Abreise der Regierung nach Spaas den Kleingehobenen Parteistaatpunkt, wie treffend ein selbst den Rechtsparteien nahestehendes Blatt sagt, über die vaterländische Gestaltung gestellt. Während die Unabhängigten ihr Weisheitsvotum und natürlich gegen das Vertrauenstvotum der Mittelparteien gestimmt haben, haben die Deutschnationalen sich der Abstimmung enthalten, was bei dieser Sache, wo es um Leben und Sterben des deutschen Volkes geht, im Endeffekt genau dasselbe ist. Dasselbe Schauspiel, das die Nationalversammlung bereits so oft gegeben hat, will sich nun bei den Unabhängigen sowohl als auch bei den Deutschnationalen, die beide in stärkerer Zahl in den Reichstag zurückgekehrt sind, wiederholen. Jedenfalls haben die Deutschnationalen nicht dazu getan, in dem Bestreben, dass, wie der Fürst Löwenstein sagte, die Regierung einen so festen und so breiten Rückhalt im Volle haben müsse, als er nur irgend zu erreichen sei. Und sie haben bei dem ersten entscheidenden Schritt des neuen Reichstages zum Wiederaufbau Deutschlands ihre Hand zurückgezogen und sie haben damit die Parteidifferenzen nicht zurückgestellt, vielmehr alles getan, um der neuen Regierung den Einfahrt aller Kraft zu diesem Wiederaufbau unmöglich zu machen. Die Deutschnationalen sind gerichtet genau so wie die Unabhängigen.

Der Fürst Alois zu Löwenstein behandelt in seinem Artikel in der genannten Wochenschrift vor allem die Stellung des Zentrums zur Regierungsbildung und er weist dabei die Frage auf, ob das Zentrum nicht aus dem Wahlergebnis die Leute habe ziehen müssen, da es schon allzu viel Opfer auf dem Altar der Taktik gebracht habe, da es nun endlich Zeit sei, schone reine reine Zentrumspolitik zu treiben, bis ein Zusammenschluss mit anderen gesetzten Parteien von vornherein ausschließe. Der Fürst, der auch in den kürzesten Zeiten des vorherigen Jahres erstaunlicherweise dem Zentrum die Freude bewahrt hat, führt dazu höchst folgendes aus:

"Die Bedeutung von „Das Vaterland über die Partei stehen“ ist so oft abgeleitet worden, dass ich mich fast scheue, sie hier wieder anzuwenden zu lassen. Und doch kommt es darauf hinaus. Das Zentrum als Partei hatte eine glänzende Gelegenheit, den Parteien der Rechten, die es seit einem Jahre so bitter besiegt haben, zu sagen: Sie seht ihr zu, wie ihr es besser macht. Aber sich nach links zu wenden und den zwei sozialistischen Parteien mit den Demokratischen Macht und Verantwortung zu überlassen. Es wäre nicht ein Jahr vergangen, so hätte das gesamte Bürgertum, hätten wohl auch die Mehrheit sozialistisch nach dem rettenden Zentrum gesiegt. Aber konnte eine Partei so handeln, die deutsch fühlt? Die Rechtsparteien allein waren schlechterdings nicht in der Lage, die Regierung zu bilden. Unter den Linksparteien hätten unschätzbar die Unabhängigen die Führung ergreifen und es genügt in einer bayerischen Zeitung an die Elbener Wirtschaft zu erinnern, um zu beweisen, dass das Zentrum eine Herrschaft der Unken nicht zulassen durfte. Wie die Möglichkeit, dass die Rechte wie die Linke versagten, und der Reichspräsident gezwungen war, ein Vorsitzministerium zu bilden. Als Trimbors Verhandlungen zu seinem Ergebnis führen wollten, waren wie eines solchen Absatz sehr nahe. Ein unpolitisches Beamtenministerium hat auch in monarchischen Staaten — ich weiß nicht, ob es in einer Republik je ein solches gegeben hat — stets nur kurze Lebensdauer gehabt. Im alten Österreich manchmal eine etwas längere, aber das waren dann die Glanzzeiten des fruchtbaren Hohenzollerns."

Wir freuen uns der glänzenden Rechtfertigung der vergangenen und der gegenwärtigen Zentrumspolitik durch den Fürsten zu Löwen-

stein. Wenn er davon spricht, dass die Parteien der Rechten das Zentrum seit einem Jahre so bitter besiegt haben, so hat er nur zu recht damit, und vor allem wie in Sachsen haben davon ja Provenienzen müssen, die in ihrer Art und die auch wohl in der Parteiengeschichte des deutschen Vaterlandes einzig bestehen. Tagtäglich erhalten wir Briefe aus Kreisen, die sich mehr oder weniger von dem fruchtbaren, aber um so lauterer Geschrei des Rechtsstaatfalls muss haben gesungen lassen und die jetzt ihrer Empörung Ausdruck geben über das Verhalten der Deutschnationalen, das ja tatsächlich jeder Beschreibung spottet. Auch das sind erfreuliche Zeichen, denen gegenüber die kleine Schar der Unbekleideten nicht ins Gewicht fallen kann. Es wird ja nun schon für diejenigen, welche in das Regen der Rechtsparteien bei der letzten Wahl gegangen sind, bald Gelegenheit sein, die Konsequenzen aus ihrer inglorischen gewonnenen Einsicht zu ziehen. Wenn man die bittere Besiegung durch die Parteien der Rechten betrachtet, denn besonders das Zentrum in Sachsen ausgeht, so muss immer wieder gesagt werden, dass wir mit dem Ergebnis der Reichstagswahl am 8. Juni durchaus zufrieden sein können, dass keinerlei Anlass zur Unzufriedenheit vorliegt. Mitten im Sturm stand das sächsische Zentrum. Angefeind und zum großen Teile angepöbelt von links und von rechts. Sieht man das in Betracht, denkt man an die Tonende von Deutschstreichern, die auf dem Boden der Zentrumspartei stehen und nicht wählen durften, dann kann man es wahrscheinlich doch nur als ein hochfreudliches Feuerchen buchen, dass den Zweck des Zentrumspartei durch die Abgabe des Stimmzettels ein Stamm von 20.000 Wählern seine Freude befunden hat. Unsere Freude im ganzen Lande mögen vor allem eingebettet sein der Tatsache, dass die neue Organisation der Zentrumspartei in Sachsen erstaunlich und tatsächlich bei den Wahlen zur Nationalversammlung eingeführt hat. Während wir bis dahin im ganzen Lande nur etwa sechs Ortsgruppen mit einigen Hundert Mitgliedern hatten, umfasst heute die Sächsische Zentrumspartei 38 Ortsgruppen mit mehr als 6000 eingeschriebenen Mitgliedern. Gerade angesichts der heutigen Situation kann es nur heißen: Weiter vorwärts!

Auf diesen Grundton waren auch die Verhandlungen des Landesvorstandes der Sächsischen Zentrumspartei am letzten Sonntag gestellt, zu dessen Sitzung hochfreudlicherweise Vertreter aus allen Teilen Sachsen in so überaus stattlicher Zahl erschienen waren. Alle Stände waren vertreten. Es war ein Genuss, diesen siebzehnzigjährigen Verbündungen zu folgen und zu sehen, mit welcher Wärme und Begeisterung von diesen Männern und Frauen der Tat im Laufe der Zentrumsgedanke verschont wird. Sie alle waren von dem bestellt, was der Fürst zu Löwenstein ausdrückt, wenn er sagt, das Zentrum bleibe das Verdienst, das deutsche Staatsleben aus einer schweren Krise herausgeführt zu haben, es habe sehr die verantwortungsvolle Aufgabe, mit anderen Parteien zusammen, aber in führender Stellung, Deutschland über die schwierige Zeit seiner Geschichte hinüber zu leiten, Vorberaten durch es sollte nicht erwartet. Das Zentrum beansprucht, dass sicherlich keine Vorberaten. Aber trotzdem und um so mehr ist es Pflicht aller unserer Parteidienste, in weitesten Kreisen über die rettende Tat des Zentrums Aufklärung zu schaffen. Wenn das geschieht, wenn es restlos geschieht und wenn unsere Parteidienste sich nach opferwilliger Arbeit dafür einsetzen, dann — davon sind wir überzeugt — werden die Freuden bereits bei den Landtagswahlen im Herbst nicht ausbleiben.

Karl

Unhaltbare Zustände

Von Justizoberstafelrat Bartscher, Herlohn.

Die Schwangwirtschaft ist vollständig zusammengebrochen. Diese Überzeugung hat sich allmählich auch in den weitesten Kreisen der Verbraucher, die bislang Beibehaltung der Schwangwirtschaft forderten, Bahn gebrochen. Werst das Schenkel in die Wolfschlucht, so erkönnt es nachgerade aus fast allen Kreisen. Menschenliche Werte sind durch dieses System im Laufe der Jahre dem Verderben überliefern worden. Was durch unsachgemäße und unpfliegliche Behandlung der rationierten Lebensmittel verdorben ist, geht in die Milliarden. Die Nahrungsknot wurde dadurch gewaltig vergrößert. Ein Beamtentapparat von vielen hunderttausend Köpfen verteuerte die Waren obendrein in ganz erheblichem Maße. Dazu hat jenes System der Korruption Tat und Tor geöffnet und die Moral des Volkes in furchtbarem Umfang erschüttert. Durch die Schwangwirtschaft sind ständige Verluste erlebt worden, die vielleicht in Jahrzehnten nicht wieder gutzumachen sind. Außerdem beginnt im rheinisch-westfälischen Industriegebiet auch die Brotdiebskugung in Unordnung zu geraten. Und doch lässt sich das Brotdiebskugung noch verhältnismäßig am besten schwangwirtschaftlich bewirtschaften. Die Kartoffelversorgung hat bekanntlich nie recht geklappt. Menschenleiche Mengen dieses unentbehrlichen Nahrungsmittels sind alljährlich verfault oder erstickt. Frisches Fleisch gibt es in den Städten selten. Unter der Hand ist allerdings genug zu haben, ebenso Speck, Schmalz, Margarine und Butter, welche Lebensmittel überall frei in den Läden zu kaufen sind. Dies alles vollzieht sich unter stillschweigender Duldung der

staatlichen Behörden, die froh sind, dass ihren Bewohnern die Möglichkeit gegeben ist, derartige Sachen freihandig zu kaufen, damit Unruhen vermieden werden. Dabei blutet einem das Herz, wenn man sieht, wie an gewissen Bahnhöfen, wie zum Beispiel Breda, ein halbes Dutzend Polizeibeamte am Bahnhof jeden Reisenden auf Butter untersuchen und geringe Mengen mühsam erstandener Butter rücksichtlos beschlagnahmen. Obendrein ist es geradezu seltsam, wie dieselben Hände, die den Inhalt der verschiedensten Sachen durchkrant haben, überall herumwühlen. Man muss die Empörung und die Wut gebettet haben, die dem Munde vieler entflogen, wenn ihnen im letzten Augenblick ihre mühsam erstandenen beiseiteten Sachen wieder abgenommen werden, auf die sich zu Hause bleibende und darbende Kinder schon im voraus gefreut hatten. Die Wut richtet sich natürlich meist gegen die Beamten, die doch nur ihre traurige Pflicht erfüllen. Ein Schrei der Empörung sollte daher durch alle Volkschichten gehen, damit dieser Unzug, den ich nicht anders bezeichnen kann, endlich beendet wird. Denn es ist ein Unsin, dass man in den Städten alles frei haben kann und hier zumindest den armenen Volkschichten rücksichtlos alles wegnimmt. Auch die Butterversorgung ist anscheinend vollständig zusammengebrochen. Wo allerdings die Butter bleibt, ist mir ein Rätsel. Es ist mir genau bekannt, in verschiedenen Kreisen die Ableserung von Butter durch die Landwirte genau so groß ist wie im vorherigen Jahre. Demgegenüber vergleiche man aber folgende Zahlen, die sich auf amtliches Material stützen, das ich mir von zuständiger Seite erbeten habe. Im vorherigen Jahre wurden in Herlohn an die Allgemeinheit verteilt an Butter: in der ersten Aprilwoche 50 Gramm, in der dritten 70 Gramm, in der dritten Maiwoche 70 Gramm, in der ersten Juniwoche 60 Gramm, in der dritten 125 Gramm. Daraus gab es in Herlohn für die Allgemeinheit überhaupt keine Butter mehr. Die erste Butter für diesen zweiten April erst wieder auf, sage und schreibe neun Monate später. In der dritten Aprilwoche dieses Jahres wurde nämlich für die Allgemeinheit in Herlohn wieder verteilt die Menge von 50 Gramm. Seitdem hat es keine Butter mehr gegeben. Es ist dieses um so bezeichnender, wenn man berücksichtigt, dass die seit der letzten Verteilung Ende April beginnende Zeit als die butterreichste des ganzen Jahres bezeichnet werden muss. Außerdem droht übrigens auch die Belieferung von Haushalten mit Speisefetten ins Stöcken zu geraten. Das Lebensmittelamt in Herlohn ist von dem zuständigen Reichstelle benachrichtigt worden, dass die Haushalte, also Brotkinder, Butterkinder usw. keine Speisefette mehr überweisen werden könnten. Wenn man solche Tatsachen in ländlichen Kreisen erzählt und die Landwirte hören, dass innerhalb eines Zeitraumes von elf Monaten in einer Stadt von der Größe Herlohn mit 30.000 Einwohnern für die Allgemeinheit nur ein einziges Mal 50 Gramm Butter verteilt worden sind, dann kann man es verstehen, wie Kreise, die ihrer Ableserungspflicht Genüge leisten, erstaunt fragen: Wo bleibt die Butter? Und man kann es Ihnen wahrscheinlich nicht verbieten, wenn sie annehmen, dass es auch bei den Butter, wie mit so vielen anderen Dingen, nicht mit rechten Dingen zugestellt. Reiten kann und aus all dem Grunde, in das wir momentan Sein Jahr und Tag hineingeraten sind, nur schändliche Aufhebung der Schwangwirtschaft, vielleicht mit Aufnahme von Brotdiebskugung. Sogar eine große Konsumtentenorganisation, der Provinzialverband des Deutschen Beamtenbundes für Westfalen, hat dies vor einigen Wochen einstimmig auf seiner Tagung in Hamm gefordert. Vielleicht wird es nach Aufhebung der Schwangwirtschaft in der Übergangszeit hier und da etwas passieren. Aber ich bin überzeugt, dass das freie Wirtschaftsleben schon bald alle Weisungsstädte überwunden haben wird. Wenn mit der Aufhebung der Schwangwirtschaft mehrere Hunderttausend von Beamten in Gottshall kommen, die jetzt durch hohe Gehälter die Waren verbrauchen, wenn den Hunderten Hunderten von unzähligen Bängen und Füßen erlaubt werden, wenn die Verbraucher nicht mehr stundenlang wegen der rationierten Lebensmittel herumlaufen müssen und die elende Marktewirtschaft aufhört, wenn die Lebensmittel wieder pfleglich behandelt werden, so dass nichts mehr verdickt, dann dürfen wir zuversichtlich hoffen, dass es bald wieder reichlich Lebensmittel geben wird, die auch in absehbarer Zeit erheblich billiger werden dürfen. Erzeuger und Verbraucher würden aufnehmen, wenn auf diesem Gebiete bald wieder die früheren Verhältnisse Platz griffen, dann die jetzigen Zustände fürtlich zum Himmel, ihre Befreiung ist daher das bringendste Gebot der Stunde.

Presse und Auswärtiges Amt

Die deutschen Pressevertreter in Spaas sind nicht mit dem Sonderzug der deutschen Delegation befördert, sondern in einem besondern Schlosswagen untergebracht worden, der mit dem Fahrplanmäßigen Auto fahr nach dem Abfahrt des Sonderzuges den Bahnhof verließ. Der Erfolg war, dass die deutschen Journalisten nach erheblichem Aufenthalt drei Stunden nach der deutschen Delegation eintrafen, infolgedessen aus eigener Wahrnehmung über den Empfang der deutschen Delegation nicht berichten konnten und außerdem auf dem Bahnhof ohne jede Unterlaune hilflos herumstehen mussten. Daß dieser Aufwand schließlich ein Ende nahm, ist nicht etwa der Vorzorge der deutschen Behörde, sondern der Sicherheitsmaßnahmen der belgischen Amtstellen zu verdanken, die sich der deutschen Journalisten annehmen und ihnen Automobile zur Verfügung stellten. Dazu schreibt die "Belgische Zeitung" treffend folgendes:

Wenn es sich hierbei um eine Unachtsamkeit oder um eine Notwendigkeit gehandelt hätte, so würden wir angeföhrt der schweren Dinge, die für das Reich in Spa an dem Spiele stehen, kein Wort aus diesem Anlaß verlieren. Aber die Position für die Abschaffung der deutschen Zeitungsberichterstatter war der Schlussstein einer Kette von Sonderbarkeiten, die bereits bei der Vorbereitung begann. Dabei verdankt die deutsche Presse selbst die Schlagwagenbeförderung im regulären Jupe nicht etwa der Vororge der deutschen Regierung, sondern dem Umstand, daß der englische General Malcolm mit einigen Offizieren nach Spa fahren wollte, daß für ihn ein besonderer Schlagwagen eingesetzt wurde, und daß derjenige Teil des Schlagwagens, der noch zur Verfügung blieb, dann den deutschen Journalisten und einem Vertreter der französischen Mission freundlich eingeräumt wurde. Nun muß man aber nicht etwa annehmen, daß es sich um ein Heer von Zeitungsbetrieben handele. Die Faßt der zugeschlossenen Vertreter war vielmehr von vornherein auf wenig mehr als ein halbes Dutzend bemessen, und die Ausgabe der Aussernahmen war damit doch wohl gewissermaßen offiziell anerkannt worden. Es wäre mithin eine Kleinigkeit gewesen, dem nach der Wahrnehmung von Augenzeugen durchaus kurzen Sonderzug noch einen Wagen anzubringen, zumal jeder Schreibmaschinendame und sogar jedem Dienner ein bequemer Platz im Sonderzug eingeräumt war.

Das ganze Verfahren zeigt, daß der Stell. mit dem das Auswärtige Amt der Presse gegenübersteht, sich noch den salutärsten Tagen des alten Regimes in keinerlei Weise gefesselt hat. Nach wie vor ist dieser Behörde das Verhältnis für die Bedeutung noch nicht aufgegangen, die die unabdinglichen journalistischen Berichterstattung zusammen. Trotz aller schönen Worte, die bei offizieller Gelegenheiten geworfen werden, ist dieser Behörde jede unabdingliche Preschleistung nach wie vor ein Dorn im Auge. Ihr wäre es am liebsten, wenn die öffentliche Meinung lediglich durch das von der Regierung zustimmung abhängige Polnische Telegraphenbüro oder sonst noch allenfalls durch offizielle Redfern unterrichtet wird. Ware es anders, so hätte die geringste Überlegung den Herren dar machen müssen, daß die eigene Berichterstattung der deutschen großen Presse bereit ist im Augenblick des Eintretens der deutschen Delegation einzutreten. Denn es könnte für sie gar nicht zweckhaft sein, daß die englische, französische und amerikanische Presse durch ihre eigenen Berichterstatter umfangreiche Einsätze von dem Eintreffen der deutschen Delegierten telegraphieren lassen und damit in ihrem Sinne die öffentliche Meinung der Welt beeinflussen läßt würde. Demgegenüber befindet sich in der deutschen Presse nur der ürmliche Vertrag des Polnischen Telegraphenbüros, der zu typischen Konkurrenz abgelaufen ist, und nur mit Mühe und Not ist es dem Sonderberichterstatter der "Deutschen Zeitung" gelungen, wenigstens noch ein paar Seiten nach Berlin gelangen zu lassen, die aber schon ihres Umfangs wegen gar nicht geeignet sein könnten, den Berichten der alliierten Berichterstatter Abdruck zu tun, die gestern in der ganzen Welt jene Stimmung verbreiteten, die die Entente zu haben wünscht.

Es handelt sich mithin nicht etwa um eine läudliche Angelegenheit der Presse, sondern um eine Angelegenheit der genannten deutschen Offenheit, und wir hoffen, daß sowohl der Reichsverband der Presse als auch die Presseorganisation, vor allem aber, daß auch das Parlament zu diesen Vorgängen in einer Weise Stellung nimmt, durch die das Auswärtige Amt ein für allemal die Lust verliert, seine Verbundenspolitik weiter zu führen.

Dass diese furchtbare und überhebliche Art des Amtes nicht im Sinne des neuen Reichsministers des Auswärtigen ist, darf als sicher angenommen werden. Ebenso zuversichtlich hoffen wir, daß auch der Staatssekretär des Auswärtigen Amtes das eingeschlagene Verfahren nicht billigt. Wir sehen durchaus voraus, daß es sich hier wieder einmal um Eigentümlichkeiten der kleinen Kreise handelt, die nirgendwo stärkeren Einfluß haben als im Auswärtigen Amt, und deren eifriges Bestreben es ist, die schlechte Tradition von früher aufrecht zu erhalten. Die Elemente werden so lange ihren Kultus der Rückblende treiben, wie ihnen nicht von oben her deutlich zum Ausdruck gebracht wird, daß sie ihre Amtsgewohnheiten nach den Erforderungen einer, wenn leider auch nicht großen, so doch neuen Zeit einzurichten haben.

Damit endlich einmal in die Presseverhältnisse im Auswärtigen Amt Ordnung kommt, wäre es allerdings nötig, dort einen Pressechef zu bestellen, der den Mann und die Röhigkeit hat, die neuen Wege zu wandeln. Da ihrem großen Erfassen hat die Presse vorgenommen, daß an Stelle des aus der Presse heraustragenden und vorläufig heurischen Ministerialdirektors Rauchler währenddessen Urlaubsdienst der Willkür Delegationsträger Heilbronn die Geschäfte des Reichswehrforschung des Reichsministers als auch des Auswärtigen Amtes zu führen beauftragt ist. Die Presse hätte erwartet, daß, bevor dieser Posten auch nur vertretungsmäßig bekleidet würde, sie die Möglichkeit ergriffen würde, sich beauftragt über die Reibelung zu äußern. Denn die Voransetzung einer fruchtbaren Tätigkeit eines Reichswehrforschers ist das besondere Vertrauen, das die Presse dem Inhaber dieser Stelle entgegenbringt. Es handelt sich gerade bei diesem Posten darum, die enge Rücksicht mit der Presse aller Parteienstiftungen zu halten, was nur dann der Fall sein kann, wenn bei den Journalisten aller Parteienstiftungen die Sicherheit für gleichwertige Behandlung besteht. Von diesem Standpunkt aus ist die Wahl des Reichswehrforschers Heilbronn nicht glücklich. Gehobener Heilbronn ist verständlich ein-

überaus lebenswichtiger Mann und ein vornehmer Charakter. Aber er ist in Traditionen des Rückwärtigen tief verwurzelt, die nicht erwartet lassen, daß er sich von den alten Gewohnheiten trennen kann.

Die Vertragung des Reichstages

Ganz wider Erwarten ist nun doch die Vertragung des Reichstages schon gestern eingetreten. Der Arbeitsausschuss des Reichstages hatte bekanntlich erst am Montag sich dahin schließen gemacht, den vorliegenden Arbeitsstoff aufzuarbeiten und erst dann eine Sitzung in den Abteilungen einzutreten zu lassen. Der Gedanke aber, daß mit Abschluß auf die Verhandlung in Spa die Verhandlungen des Reichstages unter Umständen zu unlesbaren Zwischenfällen führen könnte, und der bereits zu Beginn des Arbeitens des neuen Reichstages von mehreren Seiten zum Ausdruck gebracht war, hat sich schließlich doch noch durchgesetzt. Es bedurfte dazu allerdings einer telegraphischen Bitte des Reichskanzlers Fehrenbach, der von Spa aus ausdrücklich um eine Vertragung des Reichstages gebeten hatte. Dieser Wunsch des Reichskanzlers ist so selbstverständlich, daß im Arbeitsausschuss volle Einmütigkeit darüber bestand, daß ihm stattgegeben werden müsse. Für die Entscheidung des Arbeitsausschusses sprachen aber noch weitere Gründe, vor allem der, daß im Verlaufe der Verhandlungen in Spa vornehmlich noch weitere Mitglieder des Kabinets sich nach Spa begeben müssten, so daß mit der Möglichkeit zu rechnen ist, daß eine sachgemäße Vertragung des Reichstages nicht gewährleistet ist. Das Haus schloß sich dem Vorschlag des Arbeitsausschusses an und es wurden entsprechend nach Erledigung einiger leichter Anfragen die zur Verhandlung fehlenden Interpellationen über die Vorbereitung und Lebensmittelversorgung abgesetzt und nur noch einige kleinere Vorlagen ohne Aussprache erledigt, darunter auch der Antrag bez. den Novitätensteuerabzug. Dieser Steuerabzug ist bekanntlich im Lande brauchen vielfach Beunruhigungen und Missverständnisse hervorgerufen und in der Tat enthielt die Vertragung gewisse Härten, und so habe sich der Reichstag entschlossen, diese Frage im Ausdruck gründlich durchzuhören. Der Ausdruck hat zur Belebung der Härten gewisse Abänderungen vorgenommen. Dagegen bleibt die Verordnung des Steuerabzugs in Kraft. Die Volksversammlung ist dem Beschuß des Arbeitsausschusses beigetreten und hat beschlossen, daß der Abzug zu unterbleiben hat bei der Berechnung des Arbeitslohnens nach Lagen für 5 M. möglich, bei der Berechnung des Arbeitslohnens nach Wochen für 30 Minuten und bei Berechnung des Arbeitslohnens nach Monaten für 125 M. monatlich. Außerdem erhöht sich der abzugsfreie Betrag für jede zur Haushaltung des Arbeitnehmers zählende Person um 1.50 M. beginnend 10 M., beginnend 40 M. Es handelt sich hier um die Verabschaffung des Kinderprivilex auch beim Steuerabzug. Mit diesem Beschlusse sind die wesentlichsten Härten des Steuerabzugs beseitigt. Das Zentrum kann sich so in Anspruch nehmen, daß es an dem Auslandesamt nichts Verlustes, zu dem ein vom Zentrum geführter Antrag den Anstoß gegeben hat, wesentlich beigetragen hat. Der Schluß der Reichstagssitzung gefielte sich zu einer machtvollen Kundgebung des Reichstages für die Erhaltung Österreichs beim Deutschen Reich. Der Präsident Dr. Löb gab die Rede des Tages der Nationalunion am 11. Juli und gab der Hoffnung Ausdruck, daß dieser Tag den Beweis der deutschen Freiheit zur Heimat und zum geliebten Vaterlande erbringen werde. Mit dieser überaus einbrechenden Kundgebung schloß sich die Sitzung.

Spaa

Spaa, 8. Juli. Von zufriedener deutscher Seite wird mitgeteilt: Bei der gestrigen ersten Sitzung der Konferenz war als letzter Programmpunkt die Danziger Frage aufgestellt worden. Die deutsche Delegation hatte dagegen keinen Eindruck erworben, da angenommen werden konnte, daß in Verbindung damit sämtliche kommenden Diskussionen erörtert werden sollten. Da es sich um ein Missverständnis handelt, ist die Danziger Frage wieder von der Tagesordnung abgesetzt worden, und die bereits hierher gegebenen Sachverständigen werden ihre Reise nicht antreten.

Spaa, 8. Juli. Die nächste Konferenz findet heute nachmittag 3.30 Uhr im Schlosse de la Freineuse statt. Es kommt dabei die militärische Frage zur Verhandlung. An der Sitzung werden noch die bis dahin erwartenen Reichsminister Dr. Gehler sowie General von Seestad teilnehmen.

Spaa, 8. Juli. Reichskanzler Fehrenbach empfing heute nachmittag die hier anwesenden Vertreter der deutschen Presse und etwa 50 ausländische Journalisten und erklärte ihnen u. a.: Die Hoffnungen und Wünsche der deutschen Delegation habe ich bereits im Reichstage dargelegt. Wir begreifen der Konferenz von Spaa unter einem internationalen Gesichtspunkte. Wir sind bereit, ehrlich am Wiederaufbau der Welt mitzuwirken und so weit es im Bereich der Wiederaufbau liegt, der Vertrag von Versailles zu erfüllen. Die Möglichkeit, den Frieden zu erhalten, hängt von unserer Leistungsfähigkeit ab. Die Leistungsfähigkeit hängt wieder von der Ruhe im Innern ab. Unter

Augenmerk auf deshalb darauf gerichtet sei, Lebensmittel zu schaffen, um unser Volk zu ernähren, und Rohstoffe, um unsere Industrie zu beschäftigen. Dann wird es möglich sein, zu den uns gegebenen Stewen auch noch die Wiedergutmachungslasten in gewissen Umfangen auf uns zu nehmen. Wir begreifen es mit Verwunderung, daß uns in Spa Gelegenheit gegeben ist, in kontraktorialischen Verhandlungen die wirtschaftliche Lage Deutschlands zu besprechen. Wie werden alles offen und freimäßig anzuhalten suchen.

Amsterdam, 8. Juli. Nach dem "Tempo" hielten die Alliierten, bevor sie die Verhandlungen mit den deutschen Delegierten fortsetzen, eine Sitzung ab, in der nach einer Bescart die italienische Frage behandelte wurde. Hier begann es mit Verhandlungen, daß uns in Spa Gelegenheit gegeben ist, in kontraktorialischen Verhandlungen die wirtschaftliche Lage Deutschlands zu besprechen. Wie werden alles offen und freimäßig anzuhalten suchen.

Spaa, 8. Juli. Nach Schluß der Zusammenkunft prüften die Finanzabteilungen die italienische Note, die sich mit der Verteilung der Wiedergutmachungslasten befaßt. Ohne Besatzung darauf, daß Italien 10 Prozent der Entschädigung angekündigt habe, stellt Italien die Forderung, daß sein Anteil mindestens 100 Milliarden betragen soll. Außerdem stellt es Forderungen gegenüber Österreich und Bulgarien, insbesondere eine Regelung des Anteils an der österreichischen Tonnen.

Die Revision bereits begonnen

(Eigener Drahtbericht der "Sächs. Volkszeitung")

Rom, 7. Juli. Ein Depesche der Idea Nazionale aus Spaa meldet, ob schon ein Ententevertreter es zu sagen wage, habe doch die Revision bereits begonnen. Die Konferenz wird wohl kein offiziell amtlich, jedoch praktisches Ergebnis haben. Möchte man einen offiziellen Abschluß der Konferenz erzielen, so müßte man entweder erklären, daß der Vertrag von Versailles bereits auf dem Wege einer Revision sei, oder daß die Alliierten kein Mittel bestehen, um eventuell ein wiederstrebenes Deutschland zum Gehorsam zu zwingen. Das Blatt meldet weiter, Fehrenbach scheine etwas müde und sein Mann übergroße Energie, dagegen scheine der Minister Simons selbstsicher.

Wreich Dr. Heinze

(Eigener Drahtbericht der "Sächs. Volkszeitung")

Berlin, 7. Juli. Zustimmung Dr. Heinze hat gestern abend die bereits angelandete Reise nach Spaa mit dem Fahrplanmäßigen Zug 9.45 Uhr in Begleitung mehrerer Vertreter anderer Behörden angetraten. In der Begleitung Dr. Heinze befindet sich der Reichsanzwalt Richter aus Leipzig. Mit dem gleichen Zug begab sich Spaa der Vertreter des Reichsarbeitersministeriums Herr von Bodenstein, ein Vertreter des Reichsministeriums des Innern, die beiden Bergarbeitervertreter H. E. a. S. R. und Tietz-Dortmund. Einige Herren nahmen im Schlagwagen Platz, auf sechs Vertreter der französischen Mission haben in dem gleichen Wagen die Reise nach Spaa angetreten.

Die Abrüstungsfrage

(Eigener Drahtbericht der "Sächs. Volkszeitung")

Berlin, 7. Juli. Der Sonderberichterstatter des "Volksanzeigers" meldet aus Spaa vom 8. Juli, mit der heutigen Abendung hat die Konferenz ein ernstes Stadium erreicht. Das ist der Eindruck, den die 4½-stündige Sitzung über die Abrüstung hinterlassen hat. Die meisten Teilnehmer, so auch Lloyd George, Millerand und Foch, waren schon frühzeitig vor dem festgesetzten Beginn, nämlich um 5 Uhr, erschienen. Der Part war streng abgesperrt, aber Hunderte von Journalisten und der ganzen Welt hatten Eintrittskarten erhalten und warteten vor der historischen Villa. Bei Beginn der Sitzung sah es so aus, als ob die Verhandlungen überhaupt abgebrochen würden, da Lloyd George die Reise des Reichsministers Gehler so verstanden hatte, als ob Deutschland den Vertrag von Versailles nicht erfüllen wolle, dann, so sagte Lloyd George, sei die Konferenz überflüssig. Aber das gescheitete und schuelle Eingreifen von Außenminister Simons rettete die Situation.

Zur Frage der "Kriegsverbrecher"

Haag, 8. Juli. Wie aus London gemeldet wird, ist Lord Birkenhead nach Spaa entboten worden, ebenso Jules Cambon. Beide sollen — laut Rienow Courant — den Vorsitz im Ausschuss für die Kriegsverdächtigen übernehmen.

Es ist so därf, das Wort Freundschaft zu hören, wenn man — Liebe erwartet hat! Hermann Wedtner wandte sich ab.

Schweigend gingen sie zurück. Ich dankt Ihnen, Sibyll, ich werde Sie nie vergessen, und wenn ich kann, Ihr treuer Freund sein.

Herbert Wedtner nahm Abschied, seine Hand zitterte als er ihr Bedeckte sagte.

Gerade als Sibyll sich fertig machen, um zur Bahn zu gehen, wurde ein grau roter Rosen für sie abgegeben.

Nimm das Gemüse doch nicht mit! riet Kurt.

Doch, die Rosen sind ein Abschiedsgeschenk. Mit Händedrücken und Umarmungen stieg Sibyll in den Zug.

Komm bald wieder, Liebest! bat Theres. O, wie einsam wird es jetzt ohne dich sein!

Ein kleiner Theres flatterte abschließend aus dem Abteilfenster, dann nahm der Zug die Kurve.

Hinter dem Fenster des Bahnhofshotels hatte einer Sibyll Matties nachgesehen. Meine Rosen hat sie doch mitgenommen. Herbert Wedtner ging langsam nach Hause. —

Was meinst du, Mutter, wenn ich auf die Freiheit glaube? August Lindemann sah die Mutter erwartungsvoll an. Eine Süße lädt sie auch nicht, dann hättet du mehr Ruhe, und schließlich bin ich ja in dem Alter. —

Hast du mit Bertha schon gewochen?

Ja, Mutter, du weißt? —

„August, denkst du denn, ich bin blind?“ Da sah August Lindemann seine Taschetasche zurück und ließ die Mutter einen Bild in seine Herzensgeheimnisse tun. Ganz genau befragt er alles mit ihr, und erwiderte auch auf nebensich das Gespräch. Und dann ist sie ein süßliches Mädchen. Ich habe sie noch nicht gefragt, ich wollte erst mit dir im Reinen sein, denn du mußt ja gerade so gut mit ihr leben wie ich.

August Lindemann war höchst zufrieden mit der Wahl ihres Sohnes. Das Mädchen war sparsam, konnte arbeiten für viel, brachte eine kleine Aussteuer auf den Hof und erhielt später noch einmal. Der Aufwand war doch von ihrer Art, der hatte August und Bertha auf dem Lande einzuhören wollten. Sie gut, daß sie vorher kombiniert hatte bei der Kaufmannsfrau. Seit sie von der Erbschaft wußte, betrachtete sie Bertha Matties mit ganz anderen Augen. Jetzt sollte der Junge aber auch die Sache in Ordnung bringen. Nur nichts auf die lange Bank schieben; je eher Hochzeit gefeiert wurde, desto besser für sie und den Hof.

August ging am Abend noch zu Bremedes hinzu. „Hanno, hast du Zeit? Ich möchte etwas mit dir besprechen!“ Die beiden Freunde saßen in der blühenden Blütezeit des Bürgermeistergartens. (Fortsetzung folgt.)

Die sechs Matties

Roman von Anna Maria

(24. Fortsetzung.)

Tante Lily mochte wohl ähnliche Gedanken haben, als sie den jungen Oberlehrer sah. Ob es auf Gegenliebe beruht? Ob das Mädel seinen Verlust nicht wie seine Eltern?

Ganz heroisch wird das Paar! prophezeite Bacchus, als er Frau Lily nach Haue begleitete. „Es sind beide quele Menschen, und er ein grundsätzlicher Kerl, auf den man sich verlassen kann. Die Mattiesmädel haben ein Glück! Und bloß auf ihr schönes Gesicht bin.“

„Na, bei den Matties hat die Natur ihre gute Faune gehabt — Schönheit und Verstand!“

Sibyll sah noch lange in ihrem Zimmer. Sie schloß die Augen, wie schön das war, zu wissen, daß man geliebt wird. Sie hatte ihn auch lieb — o ja! Awar mit ihm durchgehen würde sie nicht können. Auf solch häule Idee kam der Oberlehrer ja auch nicht. Wenn sie es ihm sagte, hät er mit, aber sie wollte eigentlich einen Mann, der ihr die Sterne vom Himmel holte, der sie einfach auf und davontrug. Ich hätte mich gegenstelligen müssen wenn ich ihn liebte. Ich bin ihm gut, aber an den Hals ziegen? — Er war so räthend bei seiner Werbung, und die Angst, daß ich Nein! sagten könnte. — Sibyll lachte hell auf. Frau Oberlehrer, Doktor, später Professor. Oder nein: Bremde! Vielleicht auch Direktor und Geheimer Studienrat! O, und im weiteren: Mat der noch weiteren Kollegen freuten. Wenn der Mann und die Kinder durchgesprochen sind, kommt das Dienstmädchen und die Behandlung der Wolldecke an die Reihe. Und Herbert legt sich ein Wolldecklein zu, und ich als häusliche Haushfrau, habte mit dem Schüsselkirschen und erziehe die Kinder. Und dann geht das Leben so weiter, die Innazas kümmern, für die Mädchen wird fleißig die Umgebung nach Männern abgelaufen und wie ziehen uns auf den Klienten zu, warten auf die Endklienten und sterben.

Wenn ich schon überlege, ist es am Ende doch keine Liebe. — Ich habe Herbert sehr gern, aber das andere, was unbedingt kommt, und die Gewohnheit —

Ich habe Sibyll, moroen Ich läßt sich die Sache ganz anders an, gute Nöte. Sibyll. — Ob Theres auch erst so lange vorbedacht hat, als Kurt sie fragt? —

Herbert Wedtner war schon früh erlebt auf. So verließ er die Schule und positierte sich auf das Kutschensofa in der Eingangshalle der Gemäldegalerie.

Die Leute wußten mich für einen Holzogen halten, weil ich dieses Bild „La Ronde“ so preislos ansah.“ Dabei ist die Löwin doch nicht einmal ein schönes Exemplar ihrer Rasse, und ihr Liebster,

Belgien's Forderungen

Amsterdam, 6. Juli. Wie "Algemeen Handelsblad aus Spa" meldet, haben gestern spät abends noch Verhandlungen zwischen Lloyd George, Millerand und de la Croix stattgefunden, wobei die letztere mitteilte, Belgien werde die S. v. G. die ihm auf der Brüsseler Konferenz als Anteil an der deutschen Entschädigung zugestanden wurden, als angemessen ansiehen, wenn Belgien bei der Bezahlung von Deutschland ein Vorrecht erhält und wenn der Goldstandard mit der Goldmark gleichgestellt wird. Wie das "Algemeen Handelsblad" hingefügt, widerstehe sich Lloyd George mit großem Nachdruck den beiden belgischen Forderungen, worauf die Besprechung unvermittelt abgebrochen wurde. — Im Zusammenhang mit dieser Frage ist der französische Finanzminister in der Nacht im Sonderzuge nach Paris abgereist.

Wälderstimmen

Spaa, 6. Juli. Die belgischen Morgenblätter bringen die Nachricht über die erste Sitzung der Konferenz größtenteils unter Überschriften, wie z. B. Ein Theaterzug und Der erste Kriegsschall. "Le Soir" bringt in Spurkund eine ansehnliche offizielle Röhr, in der es heißt, in den alliierten Kreisen beweise man die erste Besprechung als ausgezeichnet in ihren maßlichen Ergebnissen. Sie habe in dieser Linie bewiesen, daß die (angeblich) deutschen Forderungen nicht bestanden, die vorherigen Verhandlungen über die Entwicklung zu vermeiden, gescheitert seien. Die Sitzung bemühe auch bei Einigkeit der Alliierten in diesem Punkte und man habe besonders die Energie beachtet, mit der Lloyd George der deutschen Delegation der Konferenz mitgestellt habe. — Deutscherweise ist eine gewisse Nervosität, die in den Ausschürungen aller belgischen Männer angesichts der bevorstehenden Erörterungen der Frage der Wiedergutmachung, sich zeigt. Man fürchtet in belgischen Kreisen annehmend, daß der belgische Vortrag auf Zahlung von 2½ Milliarden seitens Deutschlands irgendwie hinwegdiskutiert oder, wie es in "Le Monde" heißt, durch die Schaffung neuer Prioritäten weitlos loskomme. Besonders scharrt kommt diese Furcht in einer Unterredung zum Ausdruck, die "Le Soir" mit den Ministern Japart und Leman gehabt habe.

Die Dienstagsitzung

Spaa, 6. Juli. Der Verlauf der heutigen Sitzung ist nicht gänzlich neu, aber der Gang der ausschließlich von Lloyd George geführten Verhandlungen beweist, daß man wirklich verhandeln will.

Reichsminister Dr. Gessler steht auf Aufforderung des Vorsitzenden de la Croix eine Rede, die den deutschen Standpunkt in der Entschädigungsfrage ausdrückt, die allein eten Forderungen im wesentlichen ablehnt, aber ohne einen eigenen Vorschlag zu bringen. Lloyd George erklärt sich darüber lieb enttäuscht, aber fügt dies in ruhigerem Tone. Er schreibt daraus, daß Deutschland den Vertrag nicht erfüllen wolle.

Hieran griff Simonis ein. Er wies auf die enge Verbindung zwischen dem Weltkriegsfeind des Reiches unserer Wehrmacht und der Möglichkeit einer Entschädigung hin. Hieran sind der Vorsitzende de la Croix den Auswärts, daß es sich, wenn er Lloyd George und die Deutschen recht versteht, um die Mobilität der Ausführung des Friedensvertrags handle.

Es folgte eine Lebewohl und die Alliierten verließen. Bei Wiederbeginn der Verhandlungen teilte Lloyd George mit, daß die Alliierten bis morgen mittag Vorschläge erwarteten in bezug auf die Truppenanzahl, besonders aber auch auf die Auslieferung des Waffenmaterials des deutschen Heeres.

Fehrenbach erklärte in längeren Aussführungen, Deutschland bedürfe einer gewissen Macht im Innern, damit die Regierung, die fest entschlossen sei, den Friedensvertrag zu erfüllen, ihre Macht auch durchsetzen könne. Deutschland drohte außerdem die Gefahr von oben. Hierauf erfolgte ein neuer Ausdruck des Bedauerns seitens Lloyd Georges. Allgemeine Verhandlungen könne er nicht nach England zurückbringen. Dafür müsse er sich bald bereuen. Es sei ihm eine streng soziale, nicht prächtliche Auseinandersetzung mit den deutschen Delegierten erwünscht. Man müsse in die Zukunft schauen.

Reichskanzler Fehrenbach zur Lage

Spaa, 6. Juli. Reichskanzler Fehrenbach empfing heute zahlreich die hier anwesenden Vertreter der deutschen Presse und etwa 60 ausländische Journalisten und erklärte ihnen u. a.: Die Hoffnungen und Wünsche der deutschen Delegation habe ich bereits im Reichstag kundgetragen. Wir begannen der Konferenz von Spaa unter einem internationalen Gesichtspunkt. Wie sind bereit, ehrlich am Wiederaufbau der Welt mitzuwirken und, soweit es im Bereich der Möglichkeit liegt, den Vertrag vom Verfallen zu erfüllen. Die Möglichkeit, den Friedensvertrag zu erfüllen, hängt von unserer Leistungsfähigkeit ab. Die Leistungsfähigkeit hängt wieder von der Ruhe im Innern ab. Unter Augenmerk muss deshalb darauf geachtet sein, Lebensmittel zu verschaffen, um unser Volk zu ernähren, und Rohstoffe, um unsere Industrie zu beschäftigen. Dann wird es möglich sein, zu den ungeheuren Stewern auch noch die Wiedergutmachungslasten in gewissem Umfang auf uns zu nehmen. Wir begleiten es mit Begeisterung, daß uns in Spaa Gelegenheit gegeben ist, in französisch-deutschen Verhandlungen die wirtschaftliche Lage Deutschlands zu besprechen. Wir werden alles offen und freiwillig aufzuhören suchen.

Stimme bei Millerand

Paris, 6. Juli. Der Matin bringt die Nachricht, daß am Sonntag Hugo Stinnes in Brüssel, woher er eigens zu diesem Zweck gekommen sei, in der französischen Botschaft eine längere Unterredung mit Millerand hatte. Stinnes hat Millerand seine Ansicht über den europäischen Wiederaufbau und über den Wiederaufbau der zerstörten Gebiete ausdrücklich erklärt. Millerand räte zwar einige Einzelheiten, aber er erklärte sein lebhaftes Interesse an einem System internationaler Zusammenarbeit, das Stinnes vor ihm entwickelt hatte.

Nach deutsche Kriegsgefangene in Frankreich

Paris, 6. Juli. Nach einer Bemerkung der "Agence Havas" über die Nachricht der "Amon. Ag.", daß noch deutsche Kriegsgefangene in Frankreich zurückzuhalten würden, beträgt deren Zahl 850. Sie befinden sich keinesfalls alle im Lager Avignon. Der größte Teil würde zu land- und forstwirtschaftlichen Arbeiten verarbeiten. Die Deutschen dort nicht elend sein. Deutsche Delegierte sollen in nächster Zeit das Lager Avignon besuchen und dem Präsidium der Republik Kriegsgefangenengefänge unterbreiten, so daß eine hohe Anzahl der Gefangenen freigelassen werden könnte.

Donaustatenbund?

Prag, 6. Juli. Das Ministerium des Neueren hat eine Deputation Millerands erhalten, in der die Tschechoslowakei aufgelistet wird. Delegierte nach Spaa zu schicken. Der Ministerpräsident Millerand, den Minister des Neueren Benesch zu entsenden. Im Zusammenhang mit dieser Einladung entsteht bei führenden tschechoslowakischen Politikern die Auseinandersetzung, Frankreich wolle mehrheitlich den Plan eines Donaustatenbundes zur Debatte bringen. Die ablehnende Einladung hiergegen ist allgemein.

Samoan

Hamburg, 6. Juli. Zu den wichtigsten Revisionspunkten von Samoa gehören die Kolonialbestimmungen des Vertrages von Versailles. Hierüber dem Märchen von der deutschen Unfähigkeit zu kolonialisieren, kommt gerade zur rechten Zeit die Denkschrift eines europäischen Künstlers aus der früheren deutschen Kolonie Samoa, die bekanntlich auf Grund des Friedensvertrages an Neuseeland gekommen ist. Die Denkschrift enthält Notforscherei der samoanischen Ulaner und geht nicht nur gegen die wirtschaftliche, sondern auch gegen die kulturelle Verwaltung der Insel durch die Neuseeländer. Sie stellt die Abwertung der Europäer auf Samoa gegen die Verwaltung fest. — Dabei vergleicht sie die Verhältnisse, die unter der deutschen Verwaltung bestanden mit den heutigen und kommt zu dem Schluß, daß die Mehrzahl der Bewohner Samoas einschließlich der Eingeborenen

Eine „Kulturtat“ der Volkskammer

Sie ist vollbracht. Die sächsische Volkskammer beschloß sich bei der gestrigen Veratung des Staatshaushaltplanes mit der Vorlage über die Staatskasse, bei der als Einnahmen 4.957.000 M. und als Ausgaben 7.813.027 M. eingezett sind. Bei dieser Gelegenheit wurde über den Auschlußantrag „die Regierung zu ersuchen, die Musik- und Gesangsaufführungen in der ehemaligen Katholischen Kirche möglichst bald von den Gottesdiensten loszulösen“, verhandelt. Den Unabhängigen ging dieser Antrag noch nicht weit genug. Sie hielten beweisen zu wollen, daß sie im Falle einer unabhängigen Diktatur auf Kulturgüter pflegen würden und daß dann nur unabhängige Kultur gestaltet sein wird. Der Kulturträger Kyssel von den Unabhängigen will aus der katholischen Kirche ein Konzerthaus machen, will das Konzerthaus zu einer „Annäherungsquelle“ herabwürdigen. Nach seiner glanzvollen Kulturrede erhob sich sofort der Vertreter der Regierung, um keinen Angriff auf zu versäumen, die in der Volkskammer vom Regierungsratlosen verabschiedete Trennung der Kirchenlourenz von den Gottesdiensten so bald als möglich herbeizuführen". Erleichtert atmete das Haus auf. Und dieses hohe Haus nahm dann sogar die Bemerkung des Regierungsvorstehers in Kauf, man möge doch nur der Regierung die nötige Zeit dazu lassen. Ganz wohl scheinen sich die Herren in der Regierung, vor allem im Kultusministerium, bei dieser Sache doch nicht zu fühlen. Die Regierungserklärung wirkte insoffern befriedigend, als man sich entschloß, den Antrag Kyssel auf sofortige Streichung der Ausgaben für die Musik- und Gesangsaufführungen in den Kirchen abzulehnen. Hingegen wurde jedoch der Auschlußantrag, die Regierung um Trennung der Kirche und Gesangsaufführungen von den Gottesdiensten zu ersuchen, von der Volkskammer angenommen. Es kommt natürlich auf das Gleiche hinaus.

Man noch ein Wort. Der deutsch-nationale Abgeordnete Hiller scheint, wie wir gerne feststellen wollen, den ihm zugetheilten Sonnenbergsartikel der "Sächsischen Volkszeitung" wenigstens mit einem kleinen Augenblick zu haben. Denn während er noch in vorheriger Woche den Auschlußantrag mit unterschrieb, brachte er jetzt doch ernste Bedenken zum Ausdruck gegen die Trennung der geistlichen Musik- und Gesangsaufführungen von den Gottesdiensten in der katholischen Kirche vor. Angesichts — allerdings recht vā — ihres Herzens kann der Konservativer gelassen, daß sich der Konservativer Dresden als Kunst- und Fremdenstadt nicht gern auf die Ausschüttungen gestellt und daß sich das Erhabense der geistlichen Musik von den Gottesdiensten nicht trennen" lasse. Wie begründen es sehr, daß der Herr Abgeordnete Hiller gestern in der sächsischen Volkskammer so ziemlich wölflich das wiederholte, was wir am Sonnabend im Reichstag zu dieser Angelegenheit aussähten. Das ändert aber nichts an der Tatsache, daß die Herren von der Rechten diesen kulturell und kirchenseitlichen Antrag im Haushaltshaushalt unterschrieben haben und es jetzt dabei beweisen können, „unsre Bedenken“ blumentrock zum Ausdruck zu bringen. Der Haushaltshaushalt ist umgenommen und die Regierung kann zu ihm „so bald als möglich“ durchzuschreiben. Die vorstehende Volkskammer hat gestern ein Vermächtnis angeliefert, das als Kulturschande bis in die spätesten Zeiten fortleben wird. X

in ähnlichen die deutsche Normalität zuwirkt. Die Denkschrift ist unseren Unterhändlern mit nach Spaa gegeben worden.

Ferner im Reichstag

Moskau, 6. Juli. Nachmittag kurz vor 2 Uhr brach im Reichstagsgebäude Feuer aus. Der Fahrstuhl zur Konsulatsenträte war infolge Schließens des Stuhles in Brand geraten. Die Flammen schlugen bis an die obere Stockwerke empor. Der Fahrstuhlführer wäre verloren gewesen, hätten nicht Journalisten aus den oberen Stockwerken größere Wassermengen in den Fahrstuhl gepossen. Der Führer konnte schließlich befreit und der Verband gelöscht werden.

Saargebiet

Saarbrücken, 6. Juli. Die gesamte Hütten- und Metallindustrie steht jetzt im Strelle, mit Ausnahme der Salzwider Hütte. Die im Deutschen Metallarbeiterverband organisierten Arbeiter haben gelernt allerorts in geheimer Abstimmung sich für Fortsetzung des Strelle's erklärt.

Fehrenbachs Antwort

Wien, 6. Juli. Als Antwort auf die Kriegsgefangeneberichte der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands an den Reichskanzler Fehrenbach ging heute in Wien folgendes Antwortschreiben ein: „Für Ihre zu Herzen gebenden Befürchtungen spreche ich Ihnen meinen wärmsten Dank aus. Das Gefühl der inneren Zusammengehörigkeit aller Deutschen wird sich im Laufe der Zeit stärker erwecken als ihr äußeres Schwanken. Reichskanzler Fehrenbach.“

Gang des Reichsrats

(Eigener Drahtbericht der "Sächs. Volkszeitung")

Berlin, 7. Juli. In der öffentlichen Sitzung des Reichstages vom gestrigen Dienstag, die vom Postminister Giesberts geleitet wurde, gelangten zur Annahme vom Rotatrat die Haushalte des Ministeriums für Ernährung und Landwirtschaft, des Reichsfinanzhofes, des Reichsfinanzministeriums und des Reichswehrministeriums. An der Regierungsvorlage wurden nur kleine Veränderungen vorgenommen u. a. wurde im Etat des Reichswehrministeriums die Stelle eines Generalleutnants gestrichen. Der Wehretat enthält die Forderungen fürs künftige Jahr von 100.000 Mann, an Besoldungen wird das neue Jahr jährlich nach der Rekordförderung 850 Millionen Mark erhöht. Der gesamte Jahresbedarf an sachlichen und persönlichen Kosten ist auf etwa 2½ Milliarden zu veranschlagen. Das Dienstgesetz für den Reichstag wurde nach den Beschlüssen die der Reichstag zu der Regierungsvorlage geöffnet, angenommen. Dagegen erhob der Reichstag Einspruch gegen das andere aus den Initiativen des Reichstages heraus beschlossene Dienstgesetz, um auf diesem formellen Wege dieses zweite Gesetz zu beseitigen.

Strelle

(Eigener Drahtbericht der "Sächs. Volkszeitung")

Berlin, 7. Juli. Wie gemeldet wird, ist die ganze Bevölkerung der Grube Solta gestern nachmittag 3 Uhr in den Ausstand getreten. Durch die Grube Solta wird bekanntlich auch Berlin mit Licht und Kraft versorgt, und die Versorgung Berlins mit dem erforderlichen Strom erscheint aufs neue gefährdet, wenn es nicht gelingt, die Wiederaufnahme der Arbeit herzuführen, wofür augenblicklich geringe Aussichten vorhanden sind. Heute treten die Arbeitergeber des Bezirkes zu einer Sitzung zusammen. Man vermutet all-

gemein, daß es sich hier um ein planmäßiges Vorgehen der Arbeiterschaft des Mitteldeutschen Bergbaureviere handelt und der Bunde die Oberbefehlshaber ist.

Zur Abstimmung

Berlin, 6. Juli. Wie von zuständiger Seite mitgeteilt wird, hat die interalliierte Kommission in Altenstein durch eine Wahlverordnung den Verlust gemacht, die Abstimmungsberechtigten in Ost- und Westpreußen zu differenzieren. Sie hat angeordnet, daß in den Abstimmungsbezirken zwei Abstimmungsräume aufgestellt werden: eine für in Ostpreußen ansässige Abstimmungsberechtigte und die andere für die Abstimmungsberechtigten aus dem Westen. Da diese Verordnung im Widerspruch sowohl zum Friedensvertrag als auch zu den früheren Verordnungen der interalliierten Kommission steht, hat die deutsche Regierung in Paris energetisch Protest eingesetzt, ebenso auch bei der interalliierten Kommission in Marienwerder die Ausführung dieser Verordnung abgelehnt, so daß in Marienwerder entsprechend dem Friedensvertrag in Altenstein im Widerspruch zum Friedensvertrag abgestimmt wird.

Ein Aufruf an die Abstimmenden

Der deutsche Staats- und Reichskommissar im ostpreußischen Abstimmungsgebiete Freiherr v. Gayl hat folgenden Aufruf erlassen:

An die deutschsprachigen Einwohner und Masuren

Am 11. Juli wird die anstehende Abstimmung Ostpreußens sowie Polens zugleich mit den Abstimmungsberechtigten, welche aus der Ferne zu kommen, die Zukunft der gemeinsamen Delmar entscheiden. Große Sorgen lieber Landsleute treiben bei uns ein. Tage gewaltiger nationaler Erregung stehen uns bevor. Ich halte es daher für meine Pflicht, noch einmal ernstlich darauf hinzuweisen, daß die Zeit vor und nach der Abstimmung unter allen Umständen in Ruhe und ohne jeden Zusammenstoß mit polnisch-Deutschen verlaufen muß. Wir Deutsche sind unserer Sache gewiß. Wie haben es nicht nach, gegen die Minderheit, welche gegen uns stimmen will, irgendwie Gewalt angewendet. Vergessen wir letzten Augenblick, daß die Mehrheit von ihnen Jahrhunderte unter uns leblich gewohnt und mit uns gelebt hat, und daß sie jetzt nur durch fremde Agitation gegen die Minderheit ihrer Nachbarn in Ermland und in Masurien aufgestört ist. Nach der Abstimmung werden wieder miteinander leben müssen.

Wir Deutsche wollen im Besitzfeld unserer Säfte und unserer Kraft nicht die Kluft, die sich in diesen Monaten zwischen Bewohnern desselben Landes aufgetan hat, weiter verleben. Die Entscheidung für die Zukunft des Abstimmungsgebietes fällt nicht allein am Abstimmungstage, sondern auch in den Wochen darüber, in denen die Ergebnisse der Abstimmung von den alliierten Mästern geregelt werden. Wir wollen daher dies daran denken, daß auch nach der Abstimmung jeder Zusammenknot zwischen deutsch und polnisch Gesinnten unserer See umhersehenden Schaden bringen kann. Halte du die aus nationalem Pflichtgefühl in den kommenden Wochen. Wenn wir unserer inneren Überzeugung und bleiter Lösung folgen, so werden am Ende beiden Willen des ermündlichen und masurischen Volkes als Demütigen der Gegner zerstört.

Polen

Wie der Polak am Ende aus Marienwerder erschreckt, suchen die Polen in Erkenntnis ihrer bewohnten Niedersassen durch eine lebhafte Propaganda die Deutschen um ihre Erfolge zu bringen. An einem von dem polnischen Propagandacomitee in Marienwerder entworfenen Prospekt an den hohen Platz in Paris fordern die Polen auf, daß der Abstimmungstag um mindestens zwei Tage nach dem der interalliierten Kommission in Marienwerder den Vorwurf der Parteilichkeit zuwenden des Deutshums. Sie gehen an, daß Tausende von Polen hier in den Wahlzonen aufsichtliche Untersuchungen der Kommission in dieser Richtung haben, aber die Polenlosigkeit der Deutschen erkennt. Bei politischen Deutshums wurde ein Scheinfest aufgezündet, der bekundet, daß polnische Truppen zum Rücken in deutsches Gebiet für den Fall der Abstimmungsfreiescheide bereitstehen. Die Polen haben auch für den Fall des Einmarsches Geisen in Aussicht genommen, wie aus dem Prospekt einwandfrei hervorgeht.

Breslau, 6. Juli. Nach dem polnischen Heeresbericht befinden sich die Polen täglich im Widerstand vor dem Angriffe. Wie von anderer Seite gemeldet wird, sind durch die Einnahme von Nowo in Woiwodinen die Südmethenbahnen gefallen. Die Verbündeten verhindern die Rückkehr der Südmethenbahnen in Woiwodinen. Der Aufschluß der Abstimmung um mindestens zwei Tage nach dem der interalliierten Kommission in Marienwerder den Vorwurf der Parteilichkeit zuwenden des Deutshums. Sie gehen an, daß Tausende von Polen hier in den Wahlzonen aufsichtliche Untersuchungen der Kommission in dieser Richtung haben, aber die Polenlosigkeit der Deutschen erkennt.

Thorn, 6. Juli. Infanterie der Truppenaushebungen im ganzen preußischen Teilstaat und der schlechten militärischen Disziplin Polens nimmt die Abwanderung Deutscher denkt zu, daß von Graudenz und Dirichau vom 11. d. M. wieder alle 14 Tage Auswandererzüge vorgesehen sind.

Die meisten Städte des westpreußischen und posenschen Gebiets, wie Thorn, Graudenz, Holszalza, Bromberg müssen den Straßenbahnbetrieb wegen Unrentabilität einstellen. Nur Posen, Warschau, Lodz können den Betrieb noch aufrechterhalten. Nur Posen, Warschau, Lodz können den Betrieb noch aufrechterhalten. Frankfort a. M., 6. Juli. Die "Frankf. Rtg." meldet aus Warschau: Die Polenkisten haben die erwartete Offensive an der Nordfront vor der Bahn Wolobetschno-Polozk begonnen. Fünf Divisionen mit Taxis und Panzerwagen wurden gegen die Durchgänge zwischen den Seen südlich von Schabow und nördlich der Bahn eingesetzt. Der Durchbruch des ersten Frontstosses wurde verhindert.

Aufstand in Ungarn

Budapest, 6. Juli. Nach einer Melbung des Ungarischen Korrespondenz-Bureau hat Rumänien eine ganze Division zur Niederschlagung einer Pauerauftuhr in Békéscsaba aufstellen müssen. Die Rumänen belagern Békéscsaba mit Artillerie. Nach Konstantinburg wurde eine große Anzahl verwundeter rumänischer Soldaten gebracht. In Békéscsaba wurden von den Rumänen 28 Personen getötet und sehr viele verwundet. Das ganze Rumänien ist von Militär abgesperrt.

Französische Einladung

(Eigener Drahtbericht der "Sächs. Volkszeitung") Berlin, 7. Juli. Nach der "Freiheit" hat die sozialistische Partei Frankreichs beschlossen den Genossen Ledermann zu der Trauerveranstaltung in Paris für den Genossen Saarbrück am 31. Juli einzuladen.

Eine Erklärung Tschechoslowakiens

Aus Moskau ist in Berlin der Durchbruch eingegangen: Hiermit wird angekünd

Tag Präsidentenwahlkandidat

San Francisco, 5. Juli. Gouverneur Cox ist zum demokratischen Kandidaten für die Präsidentenwahl gewählt worden.

Reichstagskundgebung für Ost- und Westpreußen

Um Schluß der gestrigen Reichstagssitzung hielt

Präsident Löbe

folgende Ansprache:

Während der kurzen Sitzung die vor uns liegt, und zwar schon am nächsten Sonntag, wird für Ostpreußen und einige Teile Westpreußens die Erneuerung fallen über die woltige Ausdehnung zur deutschen Heimat. Mit den artig geschmückten Händen und Schiffen sollen unsere heinen Gräte und Wünsche in das nur durchsetzte abgetrennte Land. (Westfall.) Möge der kommende Sonntag eine gewöhnliche, übermäßige Kundgebung werden für das deutsche Vaterland (Westfall), eine Kundgebung der Treue zur Heimat, die deutsche Lande über gewacht und ihm seine Kultur gegeben hat, eine Kundgebung zu den Stammesgenossen im Reiche, die mit lachend läden mit unseren Grenzlanden verbunden sind, auch eine Kundgebung der Liebe zu Muttererde und Mutterlande. Wir haben in den letzten Monaten manches erprobende Erlebnis zur Heimat erlebt, zu der Heimat, die in dieser Not nicht mit einem Füllhorn von Gaben diesem Lande entgegentritt, sondern mit ernsten abgebrühten Gesichtern, die ihm nichts anderes entgegenstreben kann, als den schnellen, arbeitsgewohnten Menschen. Trotz mancher Verlockungen von anderer Seite, trotz mancher glühenden, wenn auch nicht höheren Verhüllung, haben wir doch tiefenfach das Erkenntnis gehabt: Dort ist unser Heimat, dort ist unser Vaterland. Und wären es fahle Helden und wohnten Armut und Elend dort: „Ich will das Land ewig lieb haben und festhalten in meinem Herzen.“ (Westfall.) Aus dieser Erkenntnis heraus ist so hoffen wir, das Abstimmungsergebnis am kommenden Sonntag geboren. Aus dieser Erkenntnis heraus ruft die deutsche Volkswelt, treuherz hinüber: Ostpreußen, Westpreußen, bleibt gelöst! (Silberwischer Westfall, langandauerndes Händeschütteln.)

Kleine Nachrichten

In der gestrigen Sitzung des Bürgerausschusses in Freiburg i. Br. wurde der Reichslandrat Schenck, der Stadtrat in Freiburg ist, einstimmig zum Ehrenbürger ernannt.

Nachrichten aus Sachsen

Der Verfassungsausschuß der Volkskammer. In der Ansprache über Artikel 25 des Verfassungsentwurfs, und zwar über die Frage, ob der Ministerpräsident unter dem Ministerium des Innern zugleich auch ein bestimmtes Reichsministerium übernehmen soll, vertrat die Regierung den Standpunkt, daß dies unter den gegenwärtigen Verhältnissen bei der jetzigen Geschäftslage nicht möglich sei, doch aber in späteren zufüglichen Zeiten, wenn die erforderlichen Auswirkungen der Revolution vorüber sind, die Möglichkeit wohl vorhanden wäre. Sie hat, es aus diesem Grunde bei der Fassung der Vorlage zu belassen, die beide Möglichkeiten offen läßt. Nach längerer Aussprache beschloß der Ausschuß gegen fünf Stimmen, daß der Ministerpräsident zu gleicher Zeit neben dem Ministerium des Innern noch ein Ministerium übernehmen muß, daß es ihm aber überlassen bleibe soll, welches. Dann wurde die

Anstatt Karten!

Die glückliche Geburt eines Sonnagsmädchen zeigen hoherfreut an
Joseph u. Anna Borgmann.

Leipzig-Gohlis, den 4. Juli 1920.
Friedrich-Karl-Straße 36.

1370

Gemeindeabend Dresden-Friedrichstadt
Donnerstag 8. Juli, abends 8 Uhr
im Mittelsaal des Keglerheims, Friedrichstraße
1. Religiöser Vortrag, Hochw. Hr. Miss. P. Hardt.
2. Gesangsvorträge. 1900
Um zahlreichen Besuch bitten
Der Kirchenchor „Cäcilia“, Dresden-Friedrichstadt

Kath. Bürgerverein
Dresden.
Mittwoch, 7. Juli,
abends Punkt 8 Uhr
Kath. Gesellschaftshaus, Käffnerstr.
Monatsversammlung
Um rechte zahlreichen Besuch
bitte Der Vorstand.

Bürgerverein f.d.L.D. Baugen
Donnerstag den 8. Juli, abends 8 Uhr
im Gesellenh. Mitgliedervers.

15. August

Büchholz
HÜTE
Hand vom
bekannter Güte

Blendend weiße Wäsche
elegante Herren-Stärkwäsche
und als Spezialität
Haushaltswäsche nach Gewicht
Reflex 1854
Dampfwäscherei „Edelweiß“
Dresden - N. 23 - Fernruf 23867
Freie Lieferung n. all. Städte

Frage behandelt, ob in der Verfassung Namen und Zahl der Ministerien festgelegt werden sollen. Das wurde einstimmig abgelehnt, dafür aber beschlossen, daß Namen und Zahl der Ministerien jährlich durch den Staat bestimmt werden sollen. Weiter wurde mit acht gegen sieben Stimmen beschlossen, daß die letztere Bestimmung in die Verfassung aufgenommen werden soll. An der weiteren Frage, ob die Minister beim Amtsantritt auf die sächsische Verfassung zu verzichten sind, stellte die Regierung fest, daß die Minister auch jetzt schon auf Grund des Gesetzes über die Dienstzeitung des Ministers vom 6. Juli 1919 sowohl auf die Reichsverfassung, wie auf die sächsische Verfassung verzichten müssen. Eine weitere Frage war die, ob Ministerantritt auf Grund der Verfassungsentwürfe spricht nur davon, wenn sie in schriftlicher Weise die Verfassung oder ein Gesetz verletzt haben. Nach längerer Aussprache wurde gegen eine Stimme beschlossen, den Art. 33 ganz aus der Verfassung zu streichen, weil die Entfernung eines Ministers in viel einfacherer Weise durch einen Majoritätsbeschluß der Volkskammer herbeigeführt werden kann und auch die eventuelle zivilrechtliche Haftpflicht nicht dadurch irgendwie berührt wird.

Zum Protest der Lehrer gegen die neue Besoldungsordnung
(Vom Presseausschuß des Kath. Lehrervereins zu Dresden)

An den kath. Schulen Sachsen herrscht zwischen Schulleitung und Lehrerschaft, abgesehen von vereinzelten Unstimmigkeiten an den Großstädten, verhältnismäßig gute Zusammenarbeit. Die kath. Lehrerschaft hatte also keine Veranlassung, den Kampf gegen das Direktorat zu verschärfen. Als jedoch vor kurzem in der „Sächsischen Volkszeitung“ von einem namlosen Direktor ein Aufruf erschien, der geeignet war, die Offenkundigkeit gegenüber die Beleidigung der Lehrerschaft zu verschleiern, erschien es nötig, unsere Stellung zur Frage der Schulleitung dargezulegen.

Das Amt eines Schulleiters betrachten wir als Ehrenamt. Geistlich ist er den Lehrern gleichgestellt. Dem Umfang der Dienstgeschäfte gemäß ist ihm die geistliche Erziehung bis zum Höchstbetrag von 600 Mark zu gewähren. Die Heraushebung der Direktoren in der Besoldung empfinden auch wir so. Lehrer als Erziehung. Jeder Lehrer weiß aus Erfahrung, daß die dienstliche Wehrbelastung eines Elters keineswegs eine derartige ist, daß eine solche geistliche Heraushebung gerechtfertigt erscheint, zumal durch Standardermäßigung und Schreibhilfen die hinreichende Ausgleich gesorgt ist. Kostspieliges Studium als Beweis für die Notwendigkeit der höherbesoldung anzuführen, erscheint gegenstandslos, da alle kath. Direktoren, ausgenommen drei Herren, dieselbe Vorbildung wie ein Lehrer genossen haben. Dass heute vereinzelt Direktoren Schulfeste nach dem höheren Lehramt empfinden, versteht sich, daß das absolutistische Schulmonarchentum einer demokratischen Schulleitung gewichen ist. Die Ortschulaufsicht bekämpft, wie seit Jahrzehnten. Das „schwer lastende Amt“ ist ihnen genommen, wie der Verfasser selbst sagt. Wo steht die große Mehrarbeit, die eine höherbesoldung rechtfertigt? Im übrigen sei auch an dieser Stelle ausdrücklich, daß die kath. Lehrerschaft Dresden gegen die unvorsichtige Einreibung der Lehrer in die Besoldungsordnung scharf protestiert. Wir empfinden durch diese Maßnahme eine Geringabschöpfung unserer Standes, unserer Arbeit am Volke.“

— Weihen, 6. Juli. Die Kärtenschule St. Afra beging vor einigen Tagen die Feier ihres 377. Stiftungstages, verbunden mit der Weihe eines Denkmals für die 144 im Kriege gefallenen Angehörigen der berühmten Schule. Das Denkmal ist im Schulgarten errichtet und besteht aus zwei auseinanderliegenden großen Findlingsblöcken mit den Jahreszahlen 1914/18 und einem gleichlängigen Denkvers, der wie folgt lautet: „Sag nicht, sie sterben, deine Helden!“ Die Festansprache hielt der Relat. Geh. Studientat

Professor Dr. Wölck, der sich im Weltkrieg durch seine Tätigkeit auf dem Gebiete der Rüstungsindustrie ebenfalls hervorragend ausgezeichnet hat.

— Ritterstein-Gallenberg, 6. Juli. Die Textilindustrie befindet sich hier in einer schweren wirtschaftlichen Krise. Es herrscht bereits starke Arbeitslosigkeit und die Handwerker ist fast vollständig eingestellt worden.

Gemeinde- und Vereinsnachrichten

Dresden-Friedrichstadt. Für die Gemeinde Friedrichstadt findet am Donnerstag den 8. Juli ein Gemeindeabend im Mittelsaal des Keglerheims, Friedrichstraße, statt. Es werden Vorträge und Vieder geboten. (Siehe Inserat.) Um recht zahlreiche Teiligung wird herzlich ersucht.

Parteinachrichten

„Jung-Zentrum Dresden.“ Alle Mitglieder werden hierzu am ersten außerordentlichen Generalversammlung auf Montag den 12. Juli, abends 8 Uhr, nach dem blauen Blumen des Gefechtshauses eingeladen. Da abgesehen wichtige Punkte auf der Tagesordnung stehen, unter anderem ein Referat des Herrn Dr. Schmidtke, Aufstellung eines Arbeitsprogramms, endgültige Festlegung der Schüppen, Neuwahl des Vorstandes usw., ist ausnahmsloses Er scheinen aller Mitglieder Pflicht und Pflicht.

Zentrumversammlung in Dresden-Bischleben. Montag den 5. Juli versammelten sich die Bischener Zentrumsmänner. Es war eine kleine Schar, aber doch wurde peinliche Arbeit geleistet. Von Lehrer Mittelb. die Ergebnisse. Die Versammlung wählte Herrn Timmeroth zum Versammlungsleiter. Darauf wählte Herr Parteisekretär Scheelein das Wort an einen zu feiern. Der Redner wies nach, daß die Zentrumspolitik die einzige richtige Politik gewesen ist, 1. durch das Ergebnis der letzten Reichswahl, 2. durch die Bildung der Reichsregierung, woran erneut zu erkennen ist, daß das Zentrum immer seinem Grundsatz hielte: Volk und Vaterland über die Partei. Die Parteipolitik ist parallel der Reichsregierung. Damit kam der Redner zu sprechen in den sächsischen Kulturstreit und das neue Wahlgesetz für Sachsen. Es besteht die Aussicht für uns, ein Mandat im Landtag zu erringen. Wenn planmäßig technische und geistige Kleinarbeit unterbrochen besteht wird, kommen wir auch vorwärts. Die Freiheit wird uns wünschen, wenn wir sie nicht verlieren, darum lese jeder die „Sächsische Volkszeitung“. Der Bezirk Dresden-Bischleben wurde von dem Grund auf neu organisiert. Einflussnahme ist Herr Arthur Timmeroth, Hubertusstraße 46 b, zum Bezirksleiter gewählt worden. Da zur Seite steht Herr Handrich und ein Stab von 23 Vertretern. Wohlau zu Arbeit für Wahrheit, Freiheit und Recht.

Quittung
Für den Schulkampf Blauen: Franz Wissott 15 Z.

Sport

Voraussagen

Grunewald, 8. Juli, nachmittags 8 Uhr: 1. Molenküng, Rheinpreußen; 2. Flüglerin, Willibor: 3. Dutta, Röhl; 4. Ertler, Danelot; 5. Corcor, Drellauf; 6. Gib, Guteap; 7. Marzocch, Clemmer.

Verantwortlich für den rebellischen Teil: Hauptgeschäftsführer Paul Schelein; für den Inserenten: Peter Schröder. — Das und Verlag der „Gazette-Viaduktredaktion G. m. b. H.“ zu Dresden.

Altpapier
Zeitschriften
Bücher
Geschäftspapiere
Kontobücher, Akten
kauft zu höchsten Preisen [1288]
unter Garantie des Einsamplers

Papierverwertungs-Gesellschaft m.b.H.
Dresden, Gorlitzstr. 27, Fernruf 10865

Kameradin!

Raufm. Angestellter, 27 Jahre, nie veranlagt, Bereichet alles schönen, edlen, sucht gleichgestimte, treue Kameradin, die ihm eventuell Lebenskameradin werden könnte.

Gesäßige Zuschriften unter „Kamerad“ an die Geschäftsstelle dieser Zeitung.

Suche per bald über 15. August
erste Bucharbeiterin,
die längere Zeit in Buch tätig und in Bucharbeiten bewandert ist,
bei Jahresstellung und freier Station.

Offerten mit Gehaltsansprüchen und Bild unter G. S. 160
erbeten an die Geschäftsstelle dieses Blattes.

Gebildetes, katholisches Fräulein,

streng religiös, nicht zu jung, wird von älterer, alleinstehender Dame

in dauernde, angenehme Stellung gesucht

Angebote mit Photoart. und genauer Angabe über bisherige Tätigkeit erbeten unter G. R. 159 an die Geschäftsstelle dieses Blattes.

Amtliche Bekanntmachungen

Verlehr mit Karosseln aus der Ernte 1920

Zu Ergänzung von § 2 der Raubbekämpfungsvorschrift vom 26. Juni 1920 wird bekanntgegeben, daß die Landwirtschaftliche Renten Genossenschaft, e. G. m. b. H. in Dresden, Sidonienstraße 11, die

Genossenschaften Spur-, Krebs- und Beutelkäfer Goldene Höhe, e. G. m. b. H., Rippchen, Post Hänschen, Beutel Dresden, Beutel und Abkömmlingschaft, e. G. m. b. H. Postwitz in Nickern, Post Postwitz,

mit dem Aufbau von Herbstanfosseln betraut hat. Die genannten Genossenschaften sind somit zum Abbruch von Lieferungsbetrieben mit den Erzeugern im Gebiete der Stadt Dresden berechtigt.

Dresden, am 6. Juli 1920. — Der Rat zu Dresden.

Fleischversorgung in der Stadt Dresden

vom 5. bis mit 11. Juli 1920

Es erhalten auf die Fleischstellsche Melde „W.“ Versionen über 6 Jahre auf die Marke 1 bis 10 250 g Kinder bis zu 6 Jahren auf die Marke 1 bis 5 125 g Fleisch mit Abo vom Kind und Kalb, Rötelkäse, Fleisch mit Wurst.

Der Einheitspreis für Rötelkäse und Fleisch mit Wurst beträgt 10 M., für Kalb 12 M., für Wurstwurst 9 M. für das Kind bei Abgabe an den Verbraucher.

Ein Anbruch auf Beutlung einer bestimmten Sorte ist nicht gestattet. Die Fleischer sind jedoch verpflichtet, für eine gleichmäßige Belieferung ihrer Kunden zu sorgen.

Dresden, am 6. Juli 1920. — Der Rat zu Dresden.

Verteilung von Räse

1. Auf Ausweis „175“ der Lebensmittelkartei der Stadt Dresden (4. bis 31. Juli 1920) 100 g holländischer Fleisch zum Preise von 2 M. 30 Pf.

2. Kranthändler, kleinster usw. Bezugsscheine nach dem Soja zu 1.

3. Binnenschiffer die gleiche Menge wie zu 1. auf 1. auf 2. oder 3. der jeweils gültigen Binnenschifferscheine in den benannten Geschäften.

4. Anmeldung: beim Kleinhändler 7. und 8. Juli 1920; beim Großhändler 9. und 10. Juli 1920; bei der Butter- und Fette-Versorgungs-Gesellschaft, Seestraße 4, 12. Juli 1920.

5. Meldestellen sind die bekannten Großhändler.

6. Abgabe an die Verbraucher nicht vor dem 16. Juli 1920.

7. Die Kleinhändler haben die angemeldeten Mengen bei den Weißfleischern nach Anfrage umgehend abzuholen und Verpackungsmaterial mitzubringen.

8. Ausüberhandlungen: Bundesratverordnung vom 25. September 1918.

Dresden, am 6. Juli 1920. — Der Rat zu Dresden.

Elegante Maßanfertigung

Für die Reise-Saison:

Herren-Anzüge nach Maß, 1875.—, 1500.—, 1200.—, 950.—, 825.—

Herren-Beinkleider nach Maß Mk. 390.—, 290.—, 190.—

Herren-Sommer-Paletots nach Maß Mk. 1050.—, 910.—, 750.—

Pa. Kammgarne, Cheviots, Homespuns und leichte, aparte Sommerstoffe,

sehr preiswert und in reicher Auswahl. — Verkauf nach Metern.

Garantie für besten Sitz. — Lieferung in kürzester Zeit.

Besichtigung ohne Kaufzwang erbeten.

Heinr. ESDERS

Prager Str. 2
Eckhaus